

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden  
Laden & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Gorb., Kuchel, Dresden  
und Schilling-Gesellschaft

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postzuschlag mit den wöchentlichen Beilagen  
„Rath der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.  
Eingelieferter 10 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kopfzeile  
30 Pf., die 50 mm breite Kopfzeile 1,50 M., für aufwändige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Verleihs-  
40 Pf. Probst. Für Beilagenlieferung 10 Pf.

Nr. 198

Dresden, Donnerstag den 26. August 1926

37. Jahrg.

## Die Krankheit Europas

Kongress der nationalen Minderheiten in Genf

H. W. Die Unterdrückung nationaler Minderheiten bildet einen gefährlichen Giftstoff im alten Europa und trug zum Ausbruch des Weltkrieges wesentlich bei. Daß den Polen in Polen und Weißrussen und den Deutschen in Schlesien die Feindschaft der preussischen Herrschaft um die Weine Inalle, war eine schwere Belastung des deutschen Namens, und ganz und gar ein eierndes Geschwür der Nationalitätenfrage war die Habsburger Monarchie, nur daß in diesem originalen Staat die Minderheiten zusammen an Zahl die Herrenvölker, Deutsche und Magyaren, bei weitem übertrafen. Wenn man zum Vergleich 1914 und 1918 das Problem der nationalen Minderheiten, allerdings nicht agitatoren und propagandistisch, anpackt, war auf der Karte Europas nach den Friedensschlüssen diese Frage doch nicht ausgemerzt, schon weil bei der liberalisierten Methode der Grenzsetzung zwischen Staat und Staat die Entstehung nationaler Minderheiten gar nicht zu vermeiden ist. So weist — außer Portugal! — heute so ziemlich jeder europäische Staat mehr oder minder große Bevölkerungsanteile auf, die nach Stamm- und Sprache von der Mehrheit getrennt sind. Nicht weniger als 75 Millionen Menschen leben in unserem Erdteil im Verhältnis der nationalen Minderheiten!

Zwischen die Friedensverträge, die im Gefolge von Versailles abgeschlossen wurden, Österreich, Ungarn, Bulgarien und die Türkei zu Zugeständnissen an ihre Minderheiten, so gingen die großen Siegermächte auch mit den sogenannten Nachfolgestaaten Polen, Tschechoslowakei und Griechenland sowie mit Armenien und Griechenland ähnliche Abkommen über Minoritätenabschlüsse ein. Aber diese Bindungen erwiesen sich bald als zu schwach, und an die Tür der Völkerverwundung klopfen immer wieder die Beschwerden, daß die letzten Paragraphen auf dem Papier stehenbleiben. Da wies die Minderheiten, ihre Sache in die eigene Hand zu nehmen. Dr. Wiljan, Slovener aus Italien, und zwei Deutsche aus Ostland und Ostland, Dr. Amende und Dr. Zante man n, waren es, die den Stern ins Rollen brachten, und im Oktober vorigen Jahres trafen in Genf die Abgeordneten von 31 nationalen Gruppen aus 12 Staaten und 13 in diesen Staaten lebenden Völkern zusammen; dreißig Millionen Menschen lebten mit ihren Hoffnungen und Wünschen hinter diesem ersten Minderheitenkongress. Wohl teilten sich in manchem die Meinungen der Delegierten, aber in zwei wesentlichen Punkten trafen sie sich. Sie erkannten an, daß es Pflicht jeder Minderheit sei, im Rahmen der Staatsbürgerschaft ihre Kräfte dem Lande zu widmen, dem sie zugehört; sie erkannten ferner an, daß es Pflicht jedes Staates sei, seiner Minderheit die ungehemmte kulturelle Entwicklung, vor allem die Erziehung in der Muttersprache, zu verbürgen. Die Schwingen einer neuen Ethik konnten durch die Luft, wenn die nationalkulturelle Arbeit mit der religiösen, der Gewissensfreiheit, auf eine Stufe gestellt und der Grundsatz verkündet ward, daß der Staat kein Anrecht hat auf die Nationalität seiner Bürger. Die Forderung und Förderung des Kongresses hieß: Kulturautonomie für die Minoritäten, ihre nationale Selbstverwaltung in allen Kulturangelegenheiten auf Grund eines nationalen Autors, in den sich einzutragen jeder Bürger das Recht haben muß.

Der erste Minderheitenkongress galt mehr der Fühlungnahme und der Festlegung auf allgemeine Richtlinien als der positiven Arbeit im einzelnen. Auch war es ein bedauerliches Echo der Tagung, daß bald nachher auf einer Sitzung des Völkerverbundes die These des Übergangsrechts und die Minderheiten seien nur eine Übergangserscheinung und die volle nationale Einheit der Staaten das Ziel, die Zustimmung zu herbeizuführen und wichtiger Staatsmänner wie Chamberlain und Benesch fand. Aber daß sich auch der Genfer Kongress die Aufgabe der Minderheiten zu Subjekten aufgeworfen haben, bleibt eine Tatsache von größter Bedeutung, und wenn auf einem Felde, auf dem so ziemlich jeder Schritt ein Neues und Unerhörtes darstellt, der Widerstand viele zu überwinden sind, so darf doch die zweite Minderheitentagung, die diesen Mittwoch in Genf begann, Aufmerksamkeit und Achtung aller Vorkriegsschaulustigen in Anspruch nehmen, zumal sie mit Tagesordnungspunkten wie Sicherung der kulturellen Entwicklungsfreiheit, Regelung der Sprachenfrage, Schutz der wirtschaftlichen Gleichberechtigung und Sicherung des Rechts auf die Staatsbürgerschaft in die Einzelheiten praktischer Arbeit eintritt.

Doch die Verhandlungen des Minderheitenkongresses spalten sich im stilleren Raum ab, wenn sie nicht in den Staaten, die es angeht, den nötigen Widerstand leisten. Auch Deutschland zählt immer noch eine stattliche Zahl von Staatsbürgern nichtdeutscher Sprache und Abstammung: in Ostpreußen und Posen wie im westlichen Industriegebiet Polen, in der preussischen und der sächsischen Lausitz Böhmen oder, wie sie sich selber nennen und von Rechts wegen genannt werden sollten, Serben, an der Nordgrenze des Reiches Dänen und Friesen, an der Ostgrenze Litauer — und den in Schlesien lebenden oder über die ganze Republik verstreuten Tschechen deutscher Staatsangehörigkeit kommen die nationalen Minderheiten wohl an die zwei Millionen Köpfe heran. Bestimmter Artikel 113, der Weimarer Ver-

fassung, daß die fremdsprachigen Volksteile des Reiches durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien volkstümlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht sowie in der inneren Verwaltung und der Rechtspflege beeinträchtigt werden dürfen, so will ein sonderbar deutender Kommentar des Frankfurter Univeritätsprofessors Giese die Minoritäten, die „für der deutschen Sprache bedürfen“, nämlich Nationalen, Katholen, Juden und Polen! —, dieses Verfassungsschutzes berauben, und allzuerst hat hier alles ein, was geistig noch in der wilhelminischen Vergangenheit wurzelt. Die Hauptrechtsquellen der „langschädlichen blonden Herrenrasse“ sind nicht nur bereit, fremdes Volkstum in unsern Grenzen unter ihre Stiefelsohlen zu treten, sondern auch die 8,3 Millionen Deutsche, die als nationale Minderheiten draußen in der Welt leben, sind ihnen nur als Wasser auf die Mühle der Völkervermehrung lieb und wert. Beweise? Am liebsten wird der deutschen Minderheit in Ungarn und in Italien mitgespielt, aber kein schwarzweißrotes Gemälde enträufelt sich deshalb über das beneidete Land Horstys mit seinen schreienden Judenpogromen und Banknotenfälschungen, und den „großen“ Mussolini bewundert der kleine Hitler als Vorbild so heilig, daß er, „völkisch“ hin, „völkisch“ her, die Sozialisten preisgibt, nur um den faschistischen Gefühlsverwandten und Bundesgenossen nicht vor den Kopf zu stoßen.

Die Frage des Minderheitenschutzes ist eben in erster Reihe eine Frage der Demokratie, und sich ihrer mit Tatkraft anzunehmen, hat darum niemand mehr Anlaß als die Sozialdemokratie. Nicht wenigstens liegt in Deutschland noch im argen, da auch in diesem Fall der demokratische Geist im Fieber der Geheimratswirtschaft haften bleibt. Doch bei der Volkszählung Majurisch, daß eine polnische Mundart ist, nicht unter Polnisch aufgeführt werden darf, und daß von den Staatsbürgern fremder Zunge die des Deutschen kundigen als „Wittlerwesen“ mit doppelter Muttersprache getrennt werden, ist schon ein großer Unfug. In Preußen haben zwar auf Grund eines Gegenseitigkeitsabkommens mit Kopenhagen die Dänen die ungenügende Minderheitsschule erhalten, und der friesischen Sprache wurde umfänglich im Unterricht einiger Spielräume gelassen, aber mit der Durchführung des mit Polen über Deutschoberschlesien abgeschlossenen Vertrages hapert es noch, und auch der polnische Unterricht in andern Landesteilen entspricht nicht den Vergriffen modernen Minderheitenschutzes. Sind die Volksschulen der preussischen Lausitz, ohne jede Rücksicht auf die Serben, rein deutsch, so ordnet im Freistaat Sachsen das „Übergangsgebot“ für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1922 an, daß „den Kindern des wendischen Volkstammes innerhalb des planmäßigen Unterrichts das wendische Lesen zu lehren und zur Übung im schriftlichen Gebrauch der wendischen Sprache sowie zur Aneignung wendischer Volkssprache Gelegenheit zu geben“ sei; auch ist auf dem Bauhner Gymnasium das „Wendische“ als Wahlfach nach zugelassen, und selbst scharfe Kritiker erkennen den Willen der sächsischen Regierung an, „den kulturellen Bedürfnissen des wendischen Volkes einigermaßen gerecht zu werden“; in unteren Regionen läuft dagegen die alte, abge-

klapperte Germanisierungsmaschine hier und da noch, wie's scheint, rein automatisch weiter.

Aber die Sicherung der Erziehung des Kindes in der Muttersprache ist nicht nur eine sittliche Frage oder, wie es ein Fachmann in dieser Materie, der Tscheche Dr. Jan Kucera, ausdrückt, „eine Menschheitsfrage, ebenso, wie es die Abschaffung der Sklaverei war“, sondern als pädagogische Frage auch ein soziales Problem. Da eine aufgezogene fremde Unterrichtssprache die Kinder geistig schädigt und ein ungebildetes, rohes, nur zu den größten förderlichen Arbeiten fähiges und auch nur dazu ausgeglichenes Geschlecht heranzüchtet, eine Schicht, die auch für den Klassenkampf des Proletariats toter Ballast ist, muß die Sozialdemokratie nicht zuletzt unter diesem Gesichtswinkel die Minderheitenfrage ins Auge fassen. Vor allem aber strebt der Genfer Kongress eine Lösung des Minoritätenproblems an, die ein Stück Anti-Trojanien, das Gegenteil biederer Nachpolitik ist: jede Minderheit soll auf ihr Mutter-volk einwirken, daß es den Minderheiten innerhalb seiner Grenzen alle nötigen Freiheiten gibt, also den Deutschen in Polen auf das Deutsche Reich, daß es den Polen in Deutschland kulturelle Entwicklungsmöglichkeit gewährt, den Polen in Deutschland wiederum auf die polnische Republik, daß sie den Deutschen in Polen das gleiche tut, und so fort. Da so die Minderheiten zu Brücken zwischen Nation und Nation werden und der Minderheitenschutz in diesem Sinne der internationalen Entgiftung unsers Erdballs dient, ist diese Politik unserer warmsten Unterstützung wert.

H. Genf, 25. August. (Fig. Trans.)

Heute vormittag wurde der erste Kongress der organisierten nationalen Minderheiten Europas eröffnet. Es sind 17 Gruppen vertreten, die aus folgenden Ländern stammen: Tschechoslowakei, Rumänien, Südbalkan, Spanien, Deutschland, Dänemark, Italien, Österreich, Ostland, Polen, Bulgarien, Lettland und Ungarn. Auf dem Programm steht an erster Stelle die Sicherung der nationalen, kulturellen Entwicklungsfreiheit. Weitere Punkte sind die Sprachenfrage, die wirtschaftliche Gleichberechtigung, die Sicherung des Rechts auf Staatsbürgerschaft und die Gleichberechtigung hinsichtlich des Wahlrechts.

Der Vertreter der rumänischen Gruppe in Spanien, Rospentia Anglaseil, erklärte, daß die katalanische Gruppe durch ihre Teilnahme am Kongress auf sein Recht verzichte, auf das sie, nach dem Nationalitätsprinzip, Anspruch habe. Solange die unterdrückte Freiheit in Rumänien nicht wiederhergestellt sei, werde dort

bleibe ein Herz der Unruhe und der internationalen Gefahr bestehen. Es sei zu hoffen, daß auf friedlichem Wege der Geist der Verfolgung und Unterdrückung überwunden werden könne.

Am Namen der russischen Minderheitsgruppen in den verschiedenen Ländern sprach sodann der estländische Abgeordnete Professor Kurtschinnik seine Verurteilung darüber aus, daß das russische Volk seine Stimme zu Gehör bringen und an den Arbeiten des Kongresses teilnehmen könne. Der Vorabend gab darauf bekannt, daß die Gruppe der Ukrainer, Weißrussen und Litauer in Polen mitteile, sie könne am Kongress nur als Beobachter teilnehmen, weil sie die unbedingte Autonomie der von ihr vertretenen Völker fordere.

Somit sprach der ungarische Abgeordnete in der Tschechoslowakei, v. Szullo, Er erklärte, die Minderheitenfrage sei die Krankheit Europas.

Es sei Aufgabe des Kongresses, das Heilmittel zu suchen. Der Völkerverbund habe es nicht bedacht, er wolle lediglich die derzeitige Situation aufrechterhalten. Die Minderheiten müßten

## Der mazedonische Brandherd

Präsident Rouduriotis

H. Athen, 26. August. (Fig. Funkspruch.)

Die Parteiführer sämtlicher Organisationen erkannten den von Kavalas abgesetzten Admiral Rouduriotis einstimmig als Präsidenten der Republik an. Es wurde daraufhin folgende amtliche Mitteilung verbreitet:

„Nach der Beseitigung der Diktatur übernehme ich von heute an wieder die Präsidentschaft, zu der mich die vierte hellenische Nationalversammlung berufen hat.“

Rouduriotis.

Bildung eines Militärkabinetts

P. Paris, 26. August. (Fig. Funkspruch.)

Aus Athen melden die Pariser Morgenblätter, daß der Versuch des Generals Rouduriotis, ein Konstitutionskabinet zu bilden, gescheitert ist. Es ist nicht gelungen, die Parteiführer auf ein gemeinsames politisches Programm zu einigen.

Der General Rouduriotis hat darauf erklärt, er habe die Absicht, ein Kabinet zu bilden, das aus den hauptsächlichsten Führern der Rechten und der Linken zusammengesetzt sei, die ihm nach dem Satz von Pangeos für die Rückkehr zur parlamentarischen Regierungsform ausgesprochen haben.

Bulgariens berechnete Bedenken

G. Sofia, 25. August. (Fig. Bericht.)

Die Verhinderung Bulgariens und Athens, daß das neue südslawisch-serbische Bündnis eine friedliche Aera auf dem Balkan einleiten soll, deutet man hier mehr als skeptisch. Die mazedonischen Kreise sind überzeugt,

daß die Abmachungen hauptsächlich darauf hinzielen, die revolutionären Bestrebungen der Komitadjis endgültig zu unterdrücken. Man betrachtet es als sicher, daß sich Rumänien bald dem Pakt anschließen wird und erklärt, durch einen derartigen Dreiecksbund würde auf dem Balkan ein Machtfaktor geschaffen, der zwar eigentümlichen Interessen gewisser Großstaaten (Italien!) entgegensteht könnte, aber einen eifrigen Recken um Bulgarien bilde und es zu erdrücken drohe. Die Möglichkeit einer Beteiligung Bulgariens an dem Pakt lassen die diesigen Blätter ganz außer acht. Selbst die linksgerichteten Blätter lassen eine derartige Möglichkeit nicht einmal zwischen den Zeilen durchblicken.

Die Gründe sind klar. Die Parole der heuligen bulgarischen Frage ist die gleiche der mazedonischen Organisationen:

Mazedonien den Mazedoniern!

Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, dürfte die Neutralität gegen ein wirkliches Balkan-Verdammnis illusorisch sein. Es sei denn, daß auf alle Balkanländer ein energischer Druck von außen erfolgt. Die Balkanstaaten werden unter sich kaum jemals eine Lösung für die vorhandenen Zwietereien finden.

Keine Kämpfe in Saloniki

H. Athen, 25. August. (Fig. Trans.) Die Nachrichten, nach denen es in Saloniki zu Unruhen und zu Mordanschlägen zwischen Anhängern des entthronten Diktators Kavalas und des Generals Rouduriotis gekommen sei, sind falsch. In ganz Griechenland herrscht völlige Ruhe.